

Investitionsoffensive des Landes „Gute Schule 2020“

Münster kann dank des kommunalen Investitionsprogramms „Gute Schule 2020“ mit rund 20,4 Millionen Euro rechnen. Damit bekommt die Stadt wichtige finanzielle Mittel, um Schulgebäude instand zu setzen, Sporthallen zu sanieren oder die digitale Infrastruktur der Schulen zu verbessern.

Angesichts der dringend notwendigen Sanierungen und des Bedarfs bei der digitalen Ausstattung unserer Schulen war den GRÜNEN in NRW wichtig, genau an dieser Stelle anzusetzen, so Mehrdad Mostofizadeh. Damit alle Kommunen im Land profitieren, ist das Programm bewusst so gestaltet worden, dass kein kommunaler Eigenanteil aufgebracht werden muss.

Ziel muss sein, so der finanzpolitische Sprecher Otto Reiners der grünen Ratsfraktion, dass jetzt schnell die Landesmittel für die Verbesserung der Schulinfrastruktur eingesetzt werden und die Verwaltung zeitnah Anträge stellt.

Der schulpolitische Sprecher der GRÜNEN be-



Christoph Kattentidt, Josefine Paul, Mehrdad Mostofizadeh (Vorsitzender der grünen Landtagsfraktion), Otto Reiners

grüßt die Investitionsoffensive, da nun beispielsweise der dringende Raumbedarf im Bereich der Offenen Ganztagschule beseitigt wird oder der WLAN-Ausbau vorangetrieben werden kann.

Die Mittel werden in einem Zeitraum von vier Jahren zu gleichen Teilen ausgezahlt, d.h. pro Jahr circa 5,1 Millionen Euro. Die Auszahlung und Abwicklung der Mittel erfolgt über die NRW. Bank auf Antrag, dem ein entsprechendes Konzept beiliegen muss. Die Zins- und Tilgungsleistungen für die Kredite der NRW. Bank übernimmt das Land NRW.

TERMINE

16. November | 17:00 Uhr

Rat

@ Festsaal, Rathaus, Prinzpalmarkt 8-9, 48143 Münster

Der Rat der Stadt Münster tagt öffentlich. Die

Tagesordnung kann fünf Tage vor der Ratssitzung von der städtischen Website heruntergeladen werden:

www.stadt-muenster.de/sessionnet/sessionnetbi/si0040.php

KONTAKT

Bündnis 90/Die Grünen/GAL
Ratsfraktion Münster
Windthorststr.7 | 48143 Münster
Tel: 0251-8995810
ratsfraktion@gruene-muenster.de
Öffnungszeiten:
Mo. - Do. 10.00 - 17.00, Fr. 10.00 - 13.00

RAT KONKRET abonnieren

Sie können RAT KONKRET kostenlos als PDF-Datei abonnieren. E-Mail genügt:
rat.konkret@gruene-muenster.de

Impressum

Herausgeberin: Grüne Ratsfraktion Münster
Druck: CCC, Endredaktion: Claudia Dana Csiszér
V.i.S.d.P.: Thomas Marcinkowski,
c/o Fraktionsgeschäftsstelle

Klimaneutral gedruckt auf Umweltschutzpapier

RAT KONKRET

Aktuelle Themen aus Münster: Haushalt 2017 | Kantine als Integrationsbetrieb | Amt für Ausländerangelegenheiten | Hochhaus am Bahnhof - Deilmann/Kresing | „Gute Schule 2020“

Liebe Leser*innen,

Kämmerer Alfons Reinkemeier und OB Markus Lewe haben den Entwurf des städtischen Haushalts 2017 im Rat eingebracht. Die geplante Neuverschuldung sieht 58,4 Millionen Euro vor, die Gesamtverschuldung beträgt damit pro Einwohner*in 2.856 Euro.

Als wesentliche Ursachen der Verschlechterung gegenüber dem Vorjahr führt der Kämmerer zuwachsliche Belastungen beim Personal (Stichwort: wachsende Stadt) und die steigende Umlage des Landschaftsverbands Westfalen-Lippe (circa fünf Mio. Euro zusätzlich bei der Stadt Münster) an. Steht Münster als „wachsende Stadt“ damit vor einer Haushaltssicherung? Die derzeitige Prognose des Kämmerers sieht düster aus: Nur mit der Umsetzung einer nachhaltigen Sanierungsstrategie lasse sich die Haushaltssicherung vermeiden.

Da sieht die Situation auf Bundesebene ganz anders aus. Allein in der ersten Hälfte 2016 erzielte der Bund einen Überschuss von rund 18,5 Milliarden Euro. Noch nie waren die Steuereinnahmen im Bund so hoch wie derzeit. Der Bund muss diesen Gestaltungsspielraum nutzen, um notleidenden Kommunen zu helfen. So sollten z.B. die zusätzlichen Belastungen während der Integrationsphase von Geflüchteten komplett finanziert werden.

Zur Vermeidung der Haushaltssicherung ist neben der Umsetzung einer nachhaltigen Sanierungsstrategie eine ausreichende Finanzausstattung der Kommunen geboten.

Für Ihre grüne Ratsfraktion
Otto Reiners, Fraktionssprecher



Kantine der Stadt Münster als Integrationsbetrieb

Der Rat der Stadt Münster hat jetzt einstimmig beschlossen, die städtische Kantine im Stadthaus 1 als Integrationsbetrieb zu führen. Auch der Personalrat hatte im Vorfeld einer entsprechenden Dienstvereinbarung zugestimmt, GRÜNE und CDU hatten im Vorfeld eine Prüfung einer Umsetzung in Auftrag gegeben. Für uns GRÜNE ist der Beschluss ein weiterer Schritt hin zu einem inklusiven Arbeitsmarkt.

Wichtig ist aus unserer Sicht dabei, dass die Menschen bei der Aufnahme ihrer neuen Arbeit nicht völlig auf sich allein gestellt sind, sondern der Übergang nach einer ggf. jahrelangen Beschäftigung in einer Werkstatt durch pädagogisches Fachpersonal begleitet wird. Über diese Expertise verfügen zahlreiche freie Träger in der Stadt. Deshalb ist es auch folgerichtig, dass diese aufgefordert werden, ein Angebot für den Integrationsbetrieb abzugeben.

Zum Hintergrund: Die Stadt Münster setzt sich seit vielen Jahren für die gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen ein. Ziel ist, dass wir Münster Schritt für Schritt zu einer



In den zwei obersten Etagen soll die Kantine demnächst als Integrationsbetrieb geführt werden

inklusive Stadt entwickeln. Dennoch arbeiten auch in Münster immer noch viele Menschen mit Behinderungen in Werkstätten. Der Lohn für Beschäftigte liegt unterhalb von 200 Euro pro Monat. Die Werkstätten für Menschen mit Behinderungen stehen vor der Herausforderung, sich mit Blick auf das Ziel der Inklusion weiterzuentwickeln. Voraussetzung hierfür ist aber die Schaffung von sozialversicherungspflichtigen Arbeitsgelegenheiten außerhalb der Werkstatt. Rechtliche Grundlage ist Artikel 27 der UN-Behindertenrechtskonvention. Der Artikel beinhaltet das Recht auf die Möglichkeit, den Lebensunterhalt durch Arbeit zu verdienen, die in einem offenen, integrativen und für Menschen mit Behinderungen zugänglichen Arbeitsmarkt und Arbeitsumfeld frei gewählt oder angenommen wird. Die Vertragsstaaten haben die Verwirklichung dieses Rechts durch geeignete Schritte zu sichern und zu fördern. Dazu gehört es auch, Menschen mit Behinderungen im öffentlichen Sektor zu beschäftigen.

Lange Schlangen vor dem Amt für Ausländerangelegenheiten

Wer früh am Morgen am Stadthaus 2 vorbeifährt und dort eine lange Menschenglange sieht, wird sich gefragt haben, was es damit auf sich hat. Das ist seit Wochen jeden Tag der Fall.

Hierbei handelt es sich um ausländische Mitbürger*innen, die ein Anliegen beim städtischen Amt für Ausländerangelegenheiten haben. Das können Geflüchtete sein, die ihre Duldung bei noch unsicherem Aufenthalt verlängern lassen oder eine Arbeitserlaubnis beantragen wollen. Doch nicht nur Geflüchtete gehen dort hin, auch für nichtdeutsche Mitbürger*innen in Münster ist dieses Amt die zuständige Stelle für Pass-, aber auch für alle anderen Angelegenheiten, für die deutsche Münsteraner*innen in das Amt für Bürgerangelegenheiten ins Stadthaus 1 gehen. Durch den sehr großen Zuzug von Zugewanderten im Jahr 2015 sind die Bedingungen

im Stadthaus 1 auf allen Ebenen nicht mehr ausreichend. Im Gegenteil, es herrschen katastrophale Zustände: Stundenlanges Warten ist an der Tagesordnung, am Ende kommen nicht mal alle Wartenden dran. Dann gibt es nur den Hinweis: „Kommt morgen wieder.“ Große Unzufriedenheit und aggressive Stimmung sind vorprogrammiert. Hinzu kommt, dass es keinen passenden Warteraum gibt, die Menschen stehen mit ihren Kindern auf der Straße. Auch für die Mitarbeiter*innen ist das ein nicht auszuhaltender Zustand.



Eingang zum Amt für Ausländerangelegenheiten ausserhalb der Öffnungszeiten

Im Mai 2016 haben CDU/GRÜNE in einem Ratsantrag um die Klärung der Situation gebeten,; wir GRÜNEN haben anschließend bei den zuständigen Dezernenten nachgehakt.

Jetzt endlich ist die Verwaltung zum Handeln gekommen und es sind folgende Sofortmaßnahmen beschlossen worden:

- ein weiterer Eingang
- Online-Terminvergabe
- zusätzliche Öffnungszeiten am Samstag

Klar ist, dass dies nicht ausreichend und auch nicht mehr als ein erster Schritt sein kann. Die GAL-Fraktion bleibt dran, um grundsätzliche strukturelle Verbesserungen für Besucher*innen und Mitarbeiter*innen herbeizuführen.

Hochhaus am Bahnhof - Deilmann/Kresing vertragstreue?

In der Ratssitzung am 02. April 2014 wurde die Beschlussfassung über den Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 558 (Von-Steuben-Straße / Berliner Platz / Bahnhofstraße) zeitlich nach hinten geschoben, um dem Investorenduo Deilmann/Kresing die Gelegenheit zu geben, den um folgenden Passus ergänzten Durchführungsvertrag zu unterschreiben:

1. **Mietpreisbindung bzgl. 25 Prozent der Nettowohnbaufläche**
2. **Die Höchstmiete für diese Fläche beträgt 8,50 Euro/m².**
3. **Die Mietpreisbindung ist auf 10 Jahre begrenzt, beginnend mit dem Datum der Fertigstellung.**



Von 8,50 Euro keine Spur, was uns zu einem Schreiben an den Oberbürgermeister mit der Bitte um Prüfung veranlasste. Wir erhielten ein von Deilmann unterzeichnetes Schreiben der BERLINER PLATZ GmbH & Co. KG zur Kenntnis, in dem dieser mitteilte, es seien 40 Wohnungen für 8,50 Euro/qm an die Tina Deilmann GmbH vermietet worden.

Dies entspricht in keinsten Weise dem Vertrag, wie in der aktuellen Sitzung in der Ratssitzung am 28.09.2016 alle im Rat vertretenen Fraktionen deutlich machten. Das sieht auch Rainer M. Kresing, Kompagnon von Deilmann, so. In einem Brief an den OB stellte er klar, „dass wir diese Verpflichtungen uneingeschränkt einhalten.“ Was fehlte, war die Unterschrift von Deilmann.

Aber auch von diesem gibt es inzwischen wieder ein Lebenszeichen. Nach einem Bericht der Westfälischen Nachrichten vom 06.10.2016 will Investor Andreas Deilmann nun offenbar doch rund 30 Wohnungen für 8,50 Euro/qm Höchstmiete direkt an Student*innen vermieten.

Erst nach den beiden Unterschriften stimmte der Rat dann einstimmig dem Bebauungsplan zu.

Mittlerweile steht der Bau kurz vor der Vollendung, die Vermietung hat begonnen. Das Vermietungsgeschäft betreiben momentan, so bei immobilenscout24.de nachlesbar, Ehefrau Tina Deilmann sowie die D-partments GmbH, Geschäftsführerin Delia Friederichs, geb. Deilmann. Allerdings zu stolzen Preisen, Kaltmiete ab 15,51 bis 31,67 Euro.

Jetzt Entwarnung zu geben, wäre aus unserer Sicht allerdings angesichts der ganzen Vorgeschichte verfrüht. Erst wenn uns der Nachweis vorliegt, dass tatsächlich die entsprechende Zahl von Wohnungen zu einer Höchstmiete von 8,50 Euro an (End-)Mieter*innen gegeben wurde, gehen wir davon aus, dass der Vertrag von den Investoren tatsächlich eingehalten wird.



Wechsel in der Ratsfraktion

Bereits vor der Sommerpause hat es einen Wechsel in der Ratsfraktion gegeben. Für Susanne Dähne - an dieser Stelle ein herzliches Dankeschön - rückte das grüne Urgestein Harald Wölter in den Rat nach. Harald gehörte 1979 bereits der ersten Fraktion, damals noch der GAL, an. Harald, sei begrüßt!